NACHRICHTEN AG

22. August 2024

Fernwärmeversorgung in Gefahr: Kritik an Kürzungen im KTF und neuen Regelungen

Kürzungen im KTF gefährden den Ausbau der Fernwärmeversorgung. Transparenz und Verbraucherschutz stehen im Fokus aktueller Debatten.

Am 22. August 2024 sorgten die kürzlich angekündigten Kürzungen beim Klima- und Transformationsfonds (KTF) für Diskussionen in der Branche. Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) äußerte Bedenken über die finanziellen Mittel, die für den Ausbau der Fernwärmeversorgung eingeplant sind. Nur rund 3,4 Milliarden Euro sollen von 2025 bis 2029 bereitstehen, während laut einer Studie des Energieeffizienzverbands für Wärme, Kälte und KWK (AGFW) der tatsächliche jährliche Förderbedarf bereits bei 3,4 Milliarden Euro liegt.

Die Prognos AG, die das Gutachten erstellt hat, zeigt auf, dass bis 2030 insgesamt 43,5 Milliarden Euro in den Ausbau und Umbau der Fernwärme investiert werden müssten, um die ambitionsreichen Ziele der Bundesregierung zu erreichen. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing betonte, dass mit dieser Mittelausstattung das erklärte Ziel, den Anteil der Fernwärme bis 2045 zu verdreifachen, nicht zu erreichen sei.

Regulierungen und Verbraucherschutz im Fokus

Die Diskussion über die zukünftige Preisgestaltung der Fernwärme gewinnt an Fahrt. Ein kürzlich vorgelegter

Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zur Novelle der sogenannten AVBFernwärmeV soll für mehr Transparenz in der Versorgung der Verbraucher:innen durch Fernwärmeversorger sorgen. Der bisherige Prozess wird als undurchsichtig angesehen, deshalb sollen künftig Veröffentlichungspflichten für Preisänderungen eingeführt werden.

Werner Lutsch, Geschäftsführer des AGFW, fordert jedoch ein gesetzliches Preisanpassungsrecht. Er argumentiert, dass die Unternehmen in bestimmten Fällen die vereinbarten Preise anpassen müssen, insbesondere wenn neue Investitionen notwendig sind, die durch die Transformation der Fernwärmesysteme entstehen. Ihm zufolge ist das derzeitige System nicht geeignet, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Andererseits fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) eine umfassendere Lösung, um die Verbraucher:innen vor überhöhten Preisen zu schützen. Ramona Pop, Vorständin des vzbv, betont, dass eine unabhängige Preisaufsicht nötig sei. Diese würde eine einheitliche Kontrolle der Preise und deren Zusammensetzung ermöglichen und Fernwärmeversorgungsunternehmen zur Teilnahme an Schlichtungsverfahren verpflichten.

Klimaneutrale Wärmeversorgung und neue Entwicklungen

Der Ausbau von Fernwärme stellt einen zentralen Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung dar. Die Umstellung von herkömmlichen Gasnetzen auf Wasserstoff wird kritisch betrachtet. Anfang des Jahres wurde das Gebäudeenergiegesetz ڃ auch bekannt als Heizungsgesetz ڃ durch das Wärmeplanungsgesetz ergänzt. Dies verpflichtet die Bundesländer dazu, ihre Kommunen zu einer Wärmeplanung anzuleiten, die auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2045 abzielt.

Eine Vielzahl von Städten setzt auf diesen Trend. In Hannover beispielsweise soll bis 2035 eine vollständig klimaneutrale Fernwärmeversorgung umgesetzt werden. Berlin hingegen verfügt bereits über das größte Fernwärmenetz Westeuropas, das in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden soll. Ziel ist es, die Energiegewinnung von fossilen Brennstoffen wie Gas und Kohle auf effizientere Großwärmepumpen umzustellen, die Abwärme und Abwasser nutzen.

Die Kostenkontrolle in der Fernwärmeversorgung bleibt also ein heißes Thema, das sowohl die Versorgungsunternehmen als auch die Verbraucher:innen betrifft. Die Regulierungen, die bald eingeführt werden sollen, könnten einen entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Preisgestaltung haben und auch darauf, wie transparent diese Prozesse ablaufen.

Die Herausforderungen für die Branche

Die Diskussion um die Finanzierung und die damit verbundenen Probleme zeigt, dass der Weg zur Umsetzung der Klimaziele für die Fernwärmeversorgung voller Hindernisse steckt. Die Notwendigkeit, 43,5 Milliarden Euro bis 2030 zu investieren, trifft auf eine Realität, in der festgelegte Mittel weit hinter den tatsächlichen Anforderungen zurückbleiben.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um zu klären, wie die Stellungnahmen der verschiedenen Verbände und der Verbraucherzentralen in politische Entscheidungen umgesetzt werden und ob es gelingt, die Vorgaben zur Klimaneutralität tatsächlich zu erreichen. Die Entwicklungen in der Fernwärmeversorgung spiegeln nicht nur die Herausforderungen der Energiewende wider, sondern auch die Notwendigkeit einer transparenten und fairen Preisgestaltung für alle Beteiligten.

Auswirkungen der Kürzungen auf die Energieerzeugung

Die Kürzungen im Klima- und Transformationsfonds (KTF) haben nicht nur Auswirkungen auf die Fernwärmeversorgung, sondern auch auf die gesamte Energieerzeugung in Deutschland. Der Rückgang der Mittel könnte die geplanten Investitionen in erneuerbare Energien und moderne Energieinfrastruktur untergraben. Ein besorgniserregender Aspekt ist, dass viele Kommunen bereits auf die Förderung angewiesen sind, da sie ohne ausreichende Ressourcen Schwierigkeiten haben, ihre Klimaziele zu erreichen.

Im Jahr 2023 betrug der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Deutschland rund 42 Prozent. Um die nationalen Klimaziele zu erfüllen, die vorsehen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, müssen diese Anteile jedoch weiter steigen. Die Sektorkopplung, die eine Vernetzung von Wärme-, Strom- und Mobilitätssektor vorsieht, wird zunehmend als notwendig erachtet, um die Energiewende effektiv umzusetzen. Ein unzureichender KTF könnte diese Bemühungen stark hemmen. Laut dem Bundesumweltministerium könnte die Energiewende bis 2030 etwa 60 Milliarden Euro kosten, was zeigt, dass die Förderung dringend notwendig ist.

Die Rolle der Kommunen in der Wärmeplanung

Die kommunale Wärmeplanung wird in Deutschland immer wichtiger. Städte und Gemeinden haben die Verantwortung, die Energieversorgung nachhaltig und zukunftssicher zu gestalten. Dabei spielen Fernwärmesysteme eine zentrale Rolle, insbesondere in städtischen Gebieten, wo die Dichte und der Bedarf an Energie hoch sind. Ein Umstieg auf klimaneutrale Technologien ist eine Herausforderung, der sich viele Kommunen stellen müssen.

Forciert wird die kommunale Wärmeplanung durch rechtliche Vorgaben wie das Gebäudeenergiegesetz. Die Bedeutsamkeit von Fernwärme wird durch verschiedene Initiativen auf Landes-

und Bundesebene unterstrichen. Es ist jedoch zu beachten, dass die Umsetzung solcher Programme oft auf Widerstand stößt, insbesondere wenn es um die Umstellung bestehender Infrastruktur und die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen geht. Eine umfassende Bürgerinformation und -beteiligung ist unerlässlich, um Akzeptanz und Verständnis für die notwendigen Schritte sicherzustellen.

Aktuelle Statistiken zur Fernwärmeversorgung

Eine Umfrage des Verbandes für Fernwärme zeigt, dass mehr als 50 Prozent der Haushalte in großen Städten bereits mit einem Fernwärmesystem verbunden sind. Dies verdeutlicht die Relevanz dieser Versorgungsart in städtischen Regionen. Allerdings gibt es erhebliche Preisunterschiede zwischen den verschiedenen Anbietern, was auch für die Verbraucher einen wesentlichen Aspekt darstellt.

Eine Studie des Fraunhofer Instituts prognostiziert, dass die Nachfrage nach Fernwärme bis 2030 um bis zu 30 Prozent steigen könnte, wenn die aktuelle Klimaschutzstrategie konsequent verfolgt wird. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, in den Ausbau der Fernwärminfrastruktur zu investieren und diese nachhaltig zu gestalten. In Anbetracht der sich verändernden Anforderungen müssen Anbieter innovative Lösungen entwickeln, um sowohl Effizienz als auch Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de